

Neue Zürcher Zeitung

Abonnemente:

	1 Monat	3 Mte.	6 Mte.	12 Mte.
Zürich am Schalter oder bei Ablagen	Fr. 2.60	6.80	12.50	25.—
Durch Austräger ins Haus gebracht	3.30	8.60	16.20	31.—
Schweiz Bestellung beim Postamt	3.30	9.—	16.50	32.—
Telefon unter Streifenband	4.—	11.50	22.50	44.—
Ausland unter Streifenband: 3 Rp. Porto	6.50	18.—	34.50	68.—
unter Streifenband 3 Rp. Porto	10.—	27.—	50.—	88.—

Wegung im postamtlichen Abonnement: Auskunft an den Post-Zeitungs-Schalter

und schweizerisches Handelsblatt

Täglich 3 Ausgaben

Redaktion: Falkenstrasse 11, Zürich 1

Administration: Theaterstrasse 3, Druckerei: Goethestrasse 10
Telephon 27.100, Hauptpostfach, Postfachkonto VIII 645

Annoncen: Zeilenmaß Nonpareille, 8 Spalten

Zellenpreis für lokale Geschäftsempfehlungen 50 Rp.
Zellenpreis für Anzeigen schweizerischen Ursprungs 60 „
Zellenpreis für Anzeigen ausländischen Ursprungs 75 „
Reklame-Zellen, Breite der Zeilen 2.50 Fr.
Abschluss- und Wiederholungsrabatte nach Tarif

Annoncen-Abteilung: Theaterstrasse 3 und Bahnhofstrasse 70
Adresse: Postfach Fraumünster Zürich, Postfach VIII 1264

Neubürger oder Schweizer?

Ein Diskussionsbeitrag

Jeder Wahlschweizer, der A. Ribis „Betrachtungen zu einer Landsgemeinde“ (Nr. 764 der „N. Z. Z.“) las, wird sich über den darin enthaltenen Vorschlag freuen haben, die Erteilung des Schweizer Bürgerrechts davon abhängig zu machen, daß sich der Bewerber über ein gewisses Vertrauen mit dem Geist der Schweizer Geschichte und ihrer Demokratie auszuweisen vermag. Denn mit diesem Vorschlag wird die Diskussion über die Einbürgerung endlich einmal in die rechte Richtung gelenkt; und man mag wieder leise zu hoffen, daß es zwischen dem schamlosen Bürgerrechtshandel von Privaten (Scheinchen!) und Gemeinden auf der einen und der strengen mechanischen Bekämpfung und Erziehung aller Neueinbürgerungen auf der andern Seite doch noch eine richtige Mitte gibt und daß sie sich vielleicht sogar durchsetzt, den echten Wahlschweizern und der Schweiz selber zum Segen. Denn so wenig wie beiden mit dem massenhaften „Einkauf“ von unassimilierbaren Elementen gedient ist, so wenig auch mit der bloßen Verlängerung der Wartefristen und Vermehrung der „objektiven“ Anforderungen, wie Schulbesuch im Lande oder dergleichen; vom Gelde gar nicht zu reden. Denn so gut man versteht, daß keine Gemeinde Leute einbürgern mag, für die sie voraussetzt, bald Armenlasten tragen zu müssen, so wenig dürfte doch die Unausführbarkeit einer größeren Geldsumme ein unübersteigbares Hindernis für die Einbürgerung tüchtiger Menschen und echter Wahlschweizer sein; in solchen Fällen sollte etwa die Gemeinbürgerschaft einer Gruppe angesehenen Bürger für einen Antragsteller einspringen, insbesondere dann, wenn es sich um Männer im wehrfähigen Alter handelt. Finanziell wäre zur Ausbringung der unerlässlichen Minimalgebühren der bedürftigen Anwärter wohl besser als etwa durch ein Bundesopfer durch die regelmäßige stärkere Veranziehung der vermöglicheren Kandidaten, also durch eine Art Lastenausgleich zwischen armen und reichen Neubürgern zu helfen, wobei diese durch freiwillige Mehrleistung auch gleich ihre Würdigkeit zu beweisen suchen könnten.

Aber wie soll man nun eben die „echten Wahlschweizer“ herausfinden? Ja, kann es überhaupt solche geben? Die zweite Frage wird wohl nur stellen, wer vom Aberglauben an „Blut und Boden“ schon genug angefränkelt ist, um zu vergessen, daß jedes Staatsvolk — und keines mehr als das der Schweiz — vor allem Willens-Gemeinschaft ist, un plebiscite de tous les jours, wie es Renan genannt hat. Gerade angesichts der Wesens-Verwandtschaft von Deutschen, Franzosen und Italienern mit Teilen des Schweizer Volks ist eine echte, tiefe Willens-Gemeinschaft mit diesem für jeden Abkömmling einer jener drei Nationen möglich. — wenn er richtig dazu erzogen worden ist.

Hier also, und nur hier, liegt die Schwierigkeit; und daß Ribis Vorschlag, von dem wir ausgingen, dies erkannt hat, ist sein Verdienst. Dieses Verdienst wird dadurch nicht geschmälert, daß der Weg, den Ribis zu dem richtig erkannten Ziel eingeschlagen hat, dem Pädagogen ungangbar erscheint. Würde man nämlich wirklich alle, die nicht gerade die ganze Volksschule in der Schweiz besucht haben, zur Teilnahme an einem gründlichen und zeitlich

nicht zu knapp bemessenen Kurs“ nötigen, „der die Kandidaten in unsere Verfassung, unsere Geschichte, unsere politischen, militärischen und sozialen Einrichtungen, in unser Fühlen und Denken einführen würde“, so würde man vielleicht einem winzigen Bruchteil der angehenden Neubürger einen Dienst tun, denen nämlich, deren Wille vom Intellekt her bestimmt wird und die durch Vorträge zu lernen vermögen. Man würde aber damit zu rechnen haben, daß gerade die Ungeeigneten durch den feilschen Widerstand, den ein „Schulzwang“ in jedem Erwachsenen weckt, in ihrer Abneigung gegen die Schweizer Demokratie noch mehr bestärkt würden; und vor allem hätte man keinerlei Möglichkeit, diese Ungeeigneten von den Geeigneten zu unterscheiden. Darauf aber kommt es an, wenn eine wirkliche Lösung des Einbürgerungsproblems und kein bloßes Schlafpulver gefunden werden soll; und erst die zweite Frage lautet, wie man dann die minder Geeigneten vielleicht doch noch zu Geeigneten machen könnte. Wie also diese herauserkennen?

Die Antwort, die wir auf diese Frage zu geben haben, beruht auf einer praktischen Erfahrung, die der Schreiber dieser Zeilen, der sich schon manches Lustrium hindurch mit Fragen der staatsbürgerlichen Erziehung beschäftigt hat, selbst gemacht hat, von der er aber um anderer willen öffentlich nichts weiter sagen kann, als daß es mit einem dem hier vorzuschlagenden Verfahren ähnlichen gelang, eine Sichtung von Kandidaten vorzunehmen, die kurz danach die schwierigste charakterliche Erprobung unserer Zeit, die durch den totalen Staat, geradezu glänzend bestanden hat. Was wir nun also empfehlen, ist eine „Aufnahmeprüfung“ für Neuschweizer, aber freilich nicht eine Wissens- oder Geschwärgigkeits-Prüfung, sondern eine solche der wirklichen staatsbürgerlichen Eignung, und eben darum für verschiedenartige Menschen eine Prüfung sehr verschiedenartiger Fähigkeiten.

Man gebe also zunächst jedem, der sich um das Bürgerrecht bewerben will, ein Merkblatt in die Hand, durch das er über die Anforderungen belehrt wird, die an ihn gestellt werden sollen und über die Mittel, diesen Anforderungen gewachsen zu werden. Unter diesen Mitteln kann selbstverständlich auch der Kursbesuch sein; für die meisten aber ist eine einzige wirklich geistliche Augustfeier erzieherischer als monatelanges Einpauden von Geschichte und Staatsbürgerkunde. Und wenn dann ein oder zwei oder noch mehr Jahre später der Kandidat sich zu der Prüfung meldet, dann werde ihm durch diese Gelegenheit gegeben zu erweisen, daß er wert ist, ein Schweizer zu sein. Der eine wird seinen Prüfern erzählen, wie er seine Kinder erzieht; der andere wird zu berichten wissen, wie er sich die Schweiz erwandert hat und mit ihrer Natur verstanden ist; ein dritter wird schon hier oder da oder dort in gemeinschaftlicher Arbeit mit geborenen Schweizern für sein neues Vaterland gearbeitet haben, und Dokumente solcher Arbeit vorlegen können.

Aber wird da nicht mancher seinen Prüfern blauen Dunst vormachen? Wenn sie wirkliche Pädagogen und keine menschenunwürdigen Schulmeister sind, so werden sie das geschwind durchschauen, und mancher, der am lautesten anfang, wird am kleinlautesten enden. Natürlich wird man aber auch objektive Sicherungen gegen Fehlsurteile schaffen müssen, gegenständliche und personale. Zu jenen hätte in erster Linie ein Fragebogen zu gehören, den jeder Kandidat ausfüllen müßte und aus dem

sein Tun und Treiben vor und während seinem Aufenthalt in der Schweiz klar hervorzugehen hätte: Wie er seine Freizeit verwendet hat; welche Zeitungen er las, welche sonstige Literatur; wie und mit wem er Sport trieb, wanderte, musizierte oder sonstigen Austausch pflegte. (Und man könnte jeden der in der Rubrik Genannten nach dem Anwärter fragen!). Und selbstverständlich wären die besten Pädagogen gerade gut genug, um die letzte Befragung der Kandidaten durchzuführen; am besten bewährte sich bei uns eine Staffellung: Zuerst unterhält sich der Anwärter mit jemandem über ein von ihm selbst gewähltes Sondergebiet, von dem der Betreffende etwas versteht (Sport, Kunst, Naturkunde oder auch Geschichte); nachdem die Ergebnisse dieses Gesprächs fixiert sind, folgt ein zweites allgemeineres mit Pädagogen, das mehr den Kern der Persönlichkeit erforscht. Dann setzen sich die verschiedenen Persönlichkeiten, die mit dem Kandidaten zu tun gehabt haben, unter sich zusammen, um an Hand ihrer Aufzeichnungen endgültig über seine Würdigkeit zu entscheiden, und dabei kann man sogar Vertreter der verschiedenen politischen Parteien als Beisitzer mit Einspruchsrecht zulassen, damit es ja nicht einseitig zugehe!

Aber ist das nicht alles ein viel zu kostspieliger Apparat? Er braucht die Schweiz keinen Rappen zu kosten, denn die Anwärter können nach Vermögen zu seinen Spesen herangezogen werden. Und im übrigen kommen sie dabei bestimmt besser davon, als wenn sie langfristige Kurse bezahlen und zu solchen reifen müßten; denn die Zeitaufwand- und Unkostenvergütung für die Prüfer und doch wohl ehrenamtlichen Beisitzer braucht gar nicht so teuer zu werden, wenn die Sache nur von Anfang an ordentlich organisiert wird. Und es muß im Rahmen der schon in Angriff genommenen Maßnahmen zur „geistigen Landesverteidigung“ etwa für die „Neue Helvetische Gesellschaft“ beinahe eine Kleinigkeit sein, die nötigen Vorarbeiten zu betreiben, für welche natürlich keine Mühe geschenkt werden darf, da geradezu alles davon abhängt, daß man die richtigen Personen als Prüfer auswählt und die richtigen Instruktionen für sie — und für die Anwärter — in Gestalt der erwähnten Merkblätter schafft.

Zum Schluß noch ein Wort über die, welche die Prüfung nicht bestehen — und jene, die bisher ohne solche Prüfung „Papier-Schweizer“ geworden sind oder bis zu deren Einführung noch werden. Ihnen sollte man Gelegenheit geben, freiwillig die Prüfung nachzuholen, und es wäre Sache der öffentlichen Meinung, dafür zu sorgen, daß sie dies als Ehrenpflicht empfänden. Kaum einer, der sich kraft solcher prüfen ließe, würde „durchfallen“! Manchem würde die Kommission schon beim Eingang seiner Anmeldung mitteilen, daß er keine Prüfung mehr nötig, sondern sich längst als Schweizer bewährt habe. Manchem, der solche Mitteilung erwarten mag, würde gut tun, daß er sie nicht erhielt, sondern noch einmal tüchtig ins Gebet genommen würde.

Wer nun also wirklich versagte, dem wäre je nach der individuellen Lagerung seines Falles eingehend zu raten, wie er vorankommen könnte, und zu bestimmen, wann er zur Wiederholung der Prüfung zuzulassen wäre; nur in völlig aussichtslosen Fällen wäre von vornherein auf solche zu verzichten, natürlich auch nur bei voller Einstimmigkeit der Prüfenden und Beisitzer.

Soweit unser Vorschlag. Möchten ihn die, die es angeht, gründlich erwägen; denn er betrifft eine der Lebensfragen der Schweiz. Nach dem, was Richard Feller in seiner jeden echten Schweizer von Geburt und Wahl ergreifenden Rektoratsrede „Von der alten Eidgenossenschaft“ sagte, setzte in ihr „der Staat nur durch, was unumgänglich und gemeinverständlich war. Nur das Gesetz, das in der Rechtsanschauung des Volkes wurzelte, wurde Macht.“ Wir glauben, daß ein neues Einbürgerungsgesetz im Sinne dieses unseres Vorschlages gut eidgenössisch wäre.

Erasmus Alter

Die Neutralität der Schweiz im Völkerbund

Ein Kommentar der „Times“

London, 12. Mai. (Tel. unseres *-Korr.) Die „Times“ nimmt heute in einem Leitartikel zur schweizerischen Neutralitätspolitik Stellung, wobei sie auf jenen traditionellen Charakter und den besondern Status hinweist, den unser Land von Anfang an im Völkerbund zugestanden erhalten habe. Das Blatt gibt ein erschöpfendes Resümee all der Erwägungen, die den Bundesrat veranlaßt haben, eine Präzisierung des Neutralitätsbegriffes zu beantragen, die gleichzeitig den Erfahrungen mit den Sanktionen und den allerjüngsten Ereignissen in Zentral- und Ost-Europa Rechnung trägt. „Wenn die Schweiz einen wirtschaftlichen Druck gegen einen Angreifer ausüben wollte, dann würde sie, wie der Bundesrat heute annimmt, Gefahr laufen, genau so behandelt zu werden, als ob sie an einer militärischen Aktion teilnähme. Die Schweiz ist aber entschlossen, daß ihre Neutralität durch keine Aktion gefährdet werden soll, die Mitgliedsstaaten des Völkerbundes unternehmen könnten, und unter dieser Bedingung ist sie auch, wie Bundesrat Motta klarmacht, bereit, ihre Rolle im Völkerbund zu spielen. Praktisch bedeutet das allerdings, daß sie nur an der nichtpolitischen Arbeit der Genfer Institution teilnehmen kann. Die britische und einige andere Regierungen möchten bei allem Verständnis für die Haltung der Schweiz darauf beharren, daß ihr Sonderstatut nicht als Präzedenzfall gelten darf.“

Die „Times“ geht dann auf die geographische Lage und die historischen Voraussetzungen der schweizerischen Neutralität ein und kommt zum Schluß, daß die Unberührtheit der Schweiz ein Teil der natürlichen Ordnung der Dinge geworden ist, und daß trotz gewissen rassenmäßigen Verwandtschaften mit den Nachbarvölkern. Die heutigen Grenzen schließen einen idealen Pufferstaat ein, der Länder voneinander trennt, die nichts zu gewinnen hätten, wenn sie noch engere Nachbarn würden, als sie schon sind. Abgesehen davon haben die gemeinsamen Kämpfe für ihre Freiheit, die die Schweizer durch manche Jahrhunderte hindurch auszufechten hatten, sie zu einem äußerst patriotischen Volk zusammengeschmolzen.“

Die „Times“ kommt schließlich darauf zu sprechen, daß der Wunsch der Schweiz nach Anerkennung ihrer uneingeschränkten Neutralität auch von andern kleinen Nationen geteilt werde, und weist dann, wie schon früher einmal, darauf hin, daß das politische System des Völkerbundes zusammenbrechen müßte, wenn manche andere Staaten dem Beispiel der Schweiz folgen wollten.

Die Alten

Mutter trank für ihr Leben gern Kaffee, richtigen starken Bohnenkaffee ohne Zucker, dafür aber mit einem abgemessenen Schuß Rahm, der ihm ein wundervolles Braun gab; nicht zu hell, noch zu dunkel durfte die Farbe sein.

Dann erzählte sie. All diese Geschichten von früher, die ich schon hundertmal gehört. Lustige Zeichnungen von Mutters Tanten entstanden vor meinen Augen. Eine gutherzige Komik umgab diese adretten Damen, die reich bestickte Spitzenböden unter den Reißböden hervorlugen ließen und im Schatten eines zierlichen Sonnenschirmchens luftwandelten. Nicht minder malerisch nahmen sich die unzähligen Onkel aus. Onkel Bertram, ein schmuder Bürsch, der, einer unseligen Liebchaft wegen, ein Duell herausbeschwooren hatte und dabei fast ums Leben gekommen war, Großonkel Theodor, Ottilians junger Mann, der im Sonderbundskrieg gefallen war.

Ein kühner Zug des Romantischen verschleierte diese Gestalten. In seiner zeitlichen Entfernung verlangte das Traurige von mir nicht ein bedrückendes Mitgefühl; das Humoristische lockte ein verzeihendes Lächeln in den Mundwinkeln hervor. Gelperte doch damals noch die Postkarte auf den verschörfelten Zahlen von 1850 bis zur Jahrhundertwende herum.

Mutter wurde nicht müde, mir die verzwickten Familienverhältnisse auseinanderzusetzen, wobei sie sich des langen und breiten in genaue Personenbeschreibungen erging, die zu verstehen es sich not-

wendig erwies, um wiederum neue Leuten aus der alten Truhe der Vergangenheit hervorzuführen. Wer sollte da folgen können! Es war ja schließlich auch recht bedeutungslos für die Jetztzeit. Wirklich — es hatte doch keinen Sinn. Die alte Dame mochte ihren Spaß daran haben, ein Stück Vergangenheit vor den Augen ihres Sohnes zu rekonstruieren. Oder plauderte sie gar nicht für mich, sondern nur, um die alte Zeit nicht immer stumm in ihrem Innern zu tragen?

Wenn dem so war — gut! Ich jedenfalls schaute schon längst mit blasphemem Gesicht dem Rauch meiner Zigarette nach und hatte es verstanden, die nahe Zeitung so zu drehen, daß ich mit bedeutend mehr Aufmerksamkeit das Neueste über den Bokkampf von gestern Abend erspähnen konnte und wer wen an- um- oder totgefahren hatte. In die kleinen Pausen, die Mutters Plauderei unterbrach, warf ich ein Interesse heuchelndes „Ach“ oder „So“, das die Güte auch eine Weile lang über meine Meinung hinwegtäuschte, daß nämlich ihre wohlgemeinten Chroniken entsetzlich langweilig seien. Der Kaffee wurde lau, ich rückte auf meinem Sessel hin und her und brummelte mit steifem Händchen, daß ich nun aber gehen müßte. Wohin, wußte ich selbst nicht; wahrscheinlich Billard spielen oder so etwas.

Wie oft hätte ich in späteren Jahren fortgehen können — als Mutters ruhige Stimme nicht mehr war, ihre sanften Augen mich nicht mehr erschreden anblickten, wenn ich die Kaffeestunde unvermittelt abbrach. Aber ich blieb mit quälendem Herzen daheim, ließ die Dämmerung über mich kommen und

sprach in den stillen, leeren Raum hinein. „Mutter“, hat ich, „erzähl mir noch mehr von Onkel Heinrich, wie er die Grenzwächter hinter sich führte, und von Alice, die ins Kloster ging. Hat eigentlich ihr Cousin nachher eine andere geheiratet oder wie war das?“

Es blieb stumm im Raum. In meinem Innern wollte sich die unheimliche Leere nicht ausfüllen. Etwas war gegangen und ließ sich nicht ersetzen. Eine Hauptader, deren Lebensquell mir die erquickende Kühle und Leberlegenheit mehrerer Generationen zugeführt hatte, war versiegt. Ich stand allein, eine armselige Pflanze, die ihre Wurzeln in die lockere Erdschicht der Oberfläche gelegt hatte. Ein Windstoß wird sie hinwegtragen, eine Dürre wird sie verwelken lassen, eine Flut wird sie hinwegschwemmen, — weil sie es nicht für nötig erachtet hatte, in das gefestigte Erdreich voll urwüchsiger Lebenskraft einzudringen, in die halb vergessenen Gräber ihrer Vorfahren mit all der aufgespeicherten Erfahrung und Weisheit.

Ich wollte nachholen, was nachzuholen war, ließ alle Gestalten, von denen Mutter mir erzählt hatte, so gut es mir undankbarem Zuhörer gelingen wollte, aus meinem Gedächtnis auferstehen. Wie leichtfertig hatte ich einst ergötliche Episoden überhört, hatte einfach nicht hingören wollen, weil ihnen etwas lächerlich Altmöbliches anhaftete. Jetzt verstand ich es, mit liebevoller Vorsicht den Staub der Jahrzehnte von den Bildern aus Mutters Vergangenheit wegzuhäfen — und siehe, es zeigten sich kräftige Farben vom leuchtendsten Gold bis zum schattigen Halb-

dunkel. Jedes Detail zeichnete sich durch meisterhafte Hingabe aus. Wie schämte ich mich, so lange an das glitzernde Blech geglaubt zu haben, ohne das fein ziselierter Gold zu beachten, weil es verblaut in der verwitterten Truhe schlummerte.

Mein Sohn aber sollte einmal klar erkennen lernen, was mir so lange verborgen geblieben war. Als er das angemessene Alter erreicht hatte, sprach ich zu ihm: „Mag dir das, was wir heute erleben, noch so wichtig erscheinen, magst du glauben, du seiest allwissend und könntest die Zukunft bezwingen, — einmal wirst du erfahren, daß die Bäume nicht nur in den Himmel wachsen, sondern ebenso in die Erde, in die Vergangenheit. Ja, du wirst zugeben müssen, daß aus ihr die aufbauenden Stoffe gezeiht werden, die Früchte, denen die heutige Sonne nur die Reife bringt. Früher war man wohl bedächtiger — bedenke: deine Großeltern kannten in ihrer Jugend keine Eisenbahn, geschweige denn Flugzeuge, Radio oder dergleichen. Aber ist das ein Grund, sie zu belächeln?“

Ich ließ, so gut ich mich eben erinnerte, den alten Onkel Bertram in meiner Geschichte erscheinen, Tante Ottilie und all die herrlichen Vorfahren, deren Charakterbilder voll ungekümmer Lebenskraft meine Begeisterung anfachten.

Hatte ich lange erzählt? Der Tee — wir tranken jetzt Tee — war fast geworden, mein Sohn hatte sich bereits erhoben und meinte mit verbindlichem Lächeln, er müsse jetzt wirklich gehen. Und schon fiel die Tür ins Schloß.

Alfred Scherz

Die abessinische Frage vor dem Völkerbundsrat

Lord Halifax siegt über das Manöver Litwinows

Haile Selassie am Ratstisch

Genf, 12. Mai

Der letzte Akt der äthiopischen Tragödie, die sich im Rahmen des Völkerbundes abspielt, hat begonnen. Haile Selassie ist heute morgen am Tisch des Völkerbundsrates erschienen, um den von der britischen Regierung angeregten Beratungen über die „Lage in Äthiopien“ beizuwohnen. Die Genfer Polizei hatte ungewöhnliche Maßnahmen zu seinem Schutz und zur Vermeidung ärgerlicher Zwischenfälle getroffen; glücklichlicherweise ist die Ankunft des ehemaligen Negus in Genf und sein Eintritt ins Völkerbundsgebäude und in den Konferenzsaal in durchaus ruhiger und würdiger Weise verlaufen.

Rede Lord Halifax

Lord Halifax verlas, als „Seine Majestät Haile Selassie“, wie das offizielle Völkerbundsprotokoll den einstigen Herrscher Äthopiens nennt, Platz genommen hatte, die Erklärung, die nach den Reden Chamberlains im Unterhaus keine Ueberraschung bieten konnte. Der britische Staatssekretär stellt fest, daß die Anregung seiner Regierung den Zweck verfolge, eine offensichtlich anormal gewordene Lage zu regeln. Es sei damit weder direkt noch indirekt eine Kritik gegen diejenigen Staaten beabsichtigt, die bereits die Anerkennung der italienischen Herrschaft in Äthiopien ausgesprochen haben — es ist dies die Mehrheit aller Völkerbundsstaaten. Die britische Regierung sei nicht der Ansicht, daß diese Staaten damit dem Völkerbund untreu geworden seien. Die Maßnahmen des Völkerbundes bedingen keine Verpflichtung für seine Mitglieder, die Anerkennung zu verweigern, bis ein einstimmiger Beschluß des Bundes darüber erfolgt wäre. Von den früheren Beschlüssen und Erklärungen des Völkerbundes werde nichts aufgehoben oder preisgegeben. Kein Staat soll gedrängt werden, die Anerkennung der italienischen Herrschaft in Äthiopien auszusprechen. Die britische Regierung selber mache ihre endgültige Entscheidung darüber davon abhängig, wie sich die Entwicklung „einer andern schwierigen Frage“ gestalten werde.

Die britische Regierung sei, erklärte Lord Halifax, nicht geneigt, in einer Debatte über die juristischen Einzelheiten des Problems einzutreten, etwa darüber, wo die Grenzen zwischen einer Anerkennung de facto und iure liegen. Seit der am 4. Juli 1936 beschlossenen Einstellung der Wirtschaftsanktionen gegen Italien seien fast zwei Jahre verfloßen. Die Lage, die damals den Beschluß der Völkerbundsversammlung bestimmte, zeichne sich heute noch viel deutlicher als damals ab. Nach den umfassenden Informationen, über welche die britische Regierung verfüge, aber Italien tatsächlich die Herrschaft über das ehemalige äthiopische Reich sozusagen in unbeschränkter Weise aus. Es werde zwar noch in einigen Gegenden vereinzelte Widerstand geleistet; aber es sei gar keine Rede davon, daß irgendwo organisierte eingeborene Behörden bestehen und noch viel weniger eine Zentralgewalt, die auch nur die leiseste Aussicht auf eine Wiedereroberung des Landes hätte. Nur ein gemeinsamer Krieg der Völkerbundsstaaten gegen Italien, der völlig undenkbar sei, da er bereits durch die Resolution vom 4. April 1936 abgeschlossen worden sei, könnte die Lage in Äthiopien noch entscheidend ändern.

Zwei Ideale stehen einander gegenüber; auf der einen Seite der Wunsch, um jeden Preis der geschriebenen Satzung treu zu bleiben, auf der andern das praktische Ideal des Friedens. Wenn wir nicht den tatsächlichen Zustand gewaltsam ändern oder möglich in einer Welt des Scheiterns leben wollen, müssen wir früher oder später die Tatsache der italienischen Herrschaft in Äthiopien anerkennen.

Es werde aber sicherlich nichts gewonnen und möglicherweise vieles verloren gehen, wenn man den Tatsachen auszuweichen versuche. Die britische Regierung schlägt dem Völkerbundsrat durchwegs nicht vor, irgendwelche früheren Beschlüsse oder Resolutionen zu widerrufen, aber sie hofft, daß die übrigen Mitglieder des Rates ihre Ansicht teilen, daß unter den heute obwaltenden Umständen jeder einzelne Mitgliedsstaat seine Entscheidung nach eigenem Ermessen treffen soll.

Haile Selassie sprach einen einzigen Satz. Eine ausführliche Erklärung, die unverkennbar den Stempel ihrer Verfasser trägt, einer Reihe angegebener und geschickter englischer Juristen, verlas im Namen des ehemaligen Herrschers einer seiner früheren Minister. Sie stellt einen würdigen Protest gegen das Unvermeidliche dar, einen Ausschrei gegen ein hartes Schicksal, aber sie kann den weiteren Lauf der Dinge nicht im mindesten mehr beeinflussen.

Der französische Außenminister Bonnet, der unmittelbar nachher das Wort ergriff, gab den Empfindungen menschlichen Mitgeföhls, die durch die Anwesenheit Haile Selassies geweckt werden, bewegten Ausdruck, nicht minder der unentwegten Treue Frankreichs für das Ideal des Völkerbundes. Aber auch er endet wie Lord Halifax mit der Erklärung, daß es unumgänglich notwendig geworden sei, den Schleier über die Vergangenheit zu werfen und den Mitgliedsstaaten, die bisher ihre Handlungsfreiheit durch die Resolutionen der Völkerbundsversammlung eingeschränkt fühlten, diese Freiheit in vollem Umfang wieder zu geben.

Litwinows Votum zeigte sodann deutlich, daß die britische Beharrlichkeit bereits den sicheren Sieg über die Manöver der letzten Tage errungen hat. Der Sowjetdelegierte hatte seinen neuen Vorschlag mehr zu machen. Von den in den letzten Tagen herumgebotenen Plänen eines letzten Verschleppungsversuches durch einen Appell an die Völkerbundsversammlung ist nicht mehr die Rede.

Litwinow gibt zu, daß die Politik der Nichtanerkennung keine entscheidende Rolle spielen kann. Unglücklicherweise habe der Völkerbund mehrmals Resolutionen gefaßt, ohne die Maßnahmen zu beschließen, die deren natürliche Konsequenz gewesen wären. Es bestehe sogar der Verdacht, daß derartige Resolutionen nur den Zweck verfolgten, die tatsächliche Lage zu verschleiern und die Gewissensbedenken zu beschwichtigen, die namentlich unter den Völkern wach geworden seien. Wertlos seien derartige Resolutionen allerdings nicht, sie können sogar sehr wichtig sein, solange das Opfer einem Angriff tatsächlich Widerstand zu leisten vermöge.

Die Sowjetregierung wäre ohne weiteres bereit, erklärte Litwinow, einer Resolution zuzustimmen, die abermals die Grundzüge des Völkerbundes betonen würde. Eine Resolution aber legte der russische Delegierte nicht vor, obwohl er es selbstverständlich in der Hand gehabt hätte, einen Text dafür vorzubereiten. Offenbar hält er selber alle weiteren Manöver in dieser Richtung für aussichtslos.

Die abessinische Erklärung

Genf, 12. Mai. ag. Nach der Rede Lord Halifax' ergreift der ehemalige Negus von Abessinien, Haile Selassie, das Wort. Er ersuchte jedoch den Rat, zur Kenntnis zu nehmen, daß seine Rede in Anbetracht seines geschwächten Zustandes vom ständigen abessinischen Delegierten beim Völkerbund, Tadjas, verlesen werde.

In den einleitenden Worten wird in der Rede dem lebhaften Bedauern Ausdruck verliehen, daß gewisse Mitgliedstaaten ihre im Völkerbundsprotokoll übernommenen Verpflichtungen in unabweisbarer Weise verletzten. Dieses Vorgehen habe auch dazu beigetragen, daß in andern Teilen der Welt blutige Feindseligkeiten ausgebrochen sind. Die internationale Moral wurde dadurch weiterhin geschädigt. Der Delegierte führte aus, daß sich die britische Regierung heute an den Rat gewandt habe, weil sie sich in dem am 16. April 1938 in Rom unterzeichneten Abkommen und seinen zugehörigen Vereinbarungen gegenüber Italien verpflichtet habe, die strittige Angelegenheit zu regeln. Heute richteten Millionen Menschen ihre Blicke auf Genf und hofften, daß der Völkerbundsrat nicht selbst den Akt zerreißen werde, der die Grundlage der ganzen Aktion des Bundes bildet.

Tadjas gab hierauf verschiedene Einzelheiten über die nach seiner Auffassung in Abessinien zurzeit bestehenden Machtverhältnisse, wobei er betonte, daß größere Gebiete des Landes sich immer noch nicht unter tatsächlicher italienischer Herrschaft befänden. Trotz ungeheurer finanzieller Opfer, die Italien gebracht habe, sei es ihm bisher nicht gelungen, die Eroberung Äthiopiens zu vollenden. Der Guerillakrieg dauere fort und werde auch weiterhin andauern, es sei denn, daß die italienischen Behörden das ganze Volk ausrotten.

Der Delegierte protestierte gegen die Auffassung Lord Halifax', wonach im Interesse des allgemeinen Friedens die Unabhängigkeit Abessiniens geopfert werden sollte. Zum Schluß seiner Ausführungen verlangte er in formeller Weise, daß die Angelegenheit der Völkerbundsversammlung unterbreitet werde, die allein kompetent sei, die entsprechenden Beschlüsse zu fassen. Er erklärte ferner im Namen des ehemaligen Negus, daß derselbe jedes vom Völkerbund ausgehende Projekt prüfen werde, welches die Freiheit und Unabhängigkeit Abessiniens wahre.

Der Kampf der Nationalitäten in der Tschechoslowakei

Diplomatische Vorarbeiten in Prag

Prag, 12. Mai. (Tel. unseres wg.-Korr.) Der tschechoslowakische Gesandte in Berlin, Mastny, war zu einem kurzen Informationsbesuch in Prag. Die Reise hatte den Zweck, eine etwa bevorstehende Fühlungnahme der tschechoslowakischen Regierung mit dem deutschen Auswärtigen Amt vorzubereiten. Mastny, der noch nicht in der Lage war, Nachrichten über die Ergebnisse der Italienreise des Reichskanzlers Hitler zu überbringen, soll hier dagegen über die Demarche der Westmächte in Berlin referiert und Informationen über die Arbeiten des Prager Kabinetts am Nationalitätenstatut und über die weiteren Absichten des Kabinetts Godja eingeholt haben. Obwohl das Nationalitätenstatut für die weitere innenpolitische Entwicklung von problematischem Wert ist, weil es durch die schnelle psychologische Anschlussbewegung des Subetendentums schon jetzt überholt ist, wird es doch bei den Bemühungen der Westmächte um eine Vermittlung zwischen Prag und Berlin eine große Rolle spielen. Damit sind aber auch die Minderheitenprobleme des europäischen Ostens auf eine neue Basis gestellt, weil in jedem der neuen Staaten jede nationale Volksgruppe zum mindesten einen Anspruch auf die Kulturautonomie erheben wird.

Die Forderungen der Polen

Prag, 12. Mai. (Tel. unseres wg.-Korr.) Nach den Ungarn beziehen auch die Polen eine klarere Stellung zur tschechoslowakischen Frage. Wie die heutigen Blätter berichten, befinden sich die diplomatischen Vertreter Polens in Prag, Berlin und Paris zurzeit in Warschau, um mit Außenminister Dorsz Bed die Rückwirkungen zu beraten, die sich aus dem deutsch-tschechoslowakischen Verhältnis für Polen und die Lage der polnischen Minderheit in der Tschechoslowakei ergeben.

Das Verständigungskomitee der polnischen Parteien in der Tschechoslowakei hat eine Sitzung abgehalten, um über die nationalenpolitischen Forderungen zu beraten, die an die Prager Regierung gerichtet werden sollen. Diese Forderungen beziehen sich auf eine Wiebergutmachung der Verluste, die den Polen in der Tschechoslowakei im Laufe von zwei Jahrzehnten zugefügt worden sein sollen. Die Polen verlangen eine grundsätzliche Uenderung der Rechtsstruktur sowie die Sicherung eines entscheidenden Einflusses auf allen Gebieten,

auf denen sich eine Entnationalisierung abgepielt hat. Obwohl die Form der „nationalen Autonomie“, die nach polnischer Auffassung ein Mittelweg zwischen einer kulturellen und territorialen Autonomie darstellen soll, der Ansicht der Prager Regierung überlassen bleibt, werden drei wichtige Punkte aufgestellt. Die polnische Minderheit wünscht einen direkten Einfluß auf die Sozialpolitik, die Siedlungspolitik, die Vergebung von Beamtenposten und alle Fragen der Bevölkerungsbewegung. Neben der vollen Autonomie im nationalen und kulturellen Leben werden auf dem Gebiet der polnischen Minderheit ferner die unmittelbare Entscheidung über die Erziehungs- und die Wirtschaftspolitik sowie die freie Verfügung über ihren prozentualen Anteil an den Staatseinnahmen gefordert. Die Polen haben somit den Rahmen ihrer allgemeinen Wünsche zwar nicht soweit gezogen wie Konrad Henlein, aber dafür verschiedene Einzelfragen, besonders die finanziellen Ansprüche, ausdrücklich unterstrichen.

Das Vertrauensvotum für die belgische Regierung

Brüssel, 12. Mai. ag. (Havas) In der Kammerabstimmung der vergangenen Nacht sprachen sich für die Tagesordnung 64 Sozialisten, 19 christliche Demokraten (linker Flügel der Katholiken), 17 Liberale und ein Katholik (der Justizminister bu Bus de Warnaff) aus. Dagegen stimmten 30 Katholiken, zwei christliche Demokraten, 20 Registen, 12 flämische Nationalisten, 6 Liberale und 6 Kommunisten.

Meinungsverschiedenheiten im Kabinett Roosevelts?

London, 12. Mai. (Tel. unseres K.-Korr.) Der Washingtoner Korrespondent der „Times“ gibt Gerüchte über Meinungsverschiedenheiten im Kabinett Roosevelts wieder, die zum Teil für die neu entfachte Agitation gegen das britisch-italienische Abkommen, soweit es Spanien berührt, verantwortlich sein sollen. Die Gerüchte wollen wissen, daß einige Punkte der amerikanischen Neutralitätspolitik nicht die Zustimmung des Staatssekretärs des Neupern finden. Staatssekretär Hull habe Roosevelts Billigung der britisch-italienischen Vereinbarung, auf die der Premierminister neulich im Unterhaus hinwies, nicht gerne gesehen. Ein Amendement zur Neutralitätsakte, das, wenn es angenommen würde, die Lieferung von Waffen und Munition an die spanische Regierung ermöglichte, scheint ebenfalls Gegenstand von Meinungsverschiedenheiten im Kabinett zu sein.

Es kommt dazu, daß die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Deutschland fortwährend zu Kontroversen und Zwischenfällen führten. Erschwerend wirkt augenblicklich auch die Weigerung Washingtons, die Ausfuhr von Helium, dessen Deutschland für seine Luftschiffe bedarf, gützuheißt. Washington hat überdies soeben gegen die Anwendung der letzten Judendekrete Görings auf amerikanische Staatsbürger Protest eingelegt. Die Tätigkeit der Nationalsozialisten in deutsch-amerikanischen Kreisen ist eine ständige Quelle von Verwirrungen.

Das Ausfuhrverbot für Helium

New York, 12. Mai. ag. (Havas) Die Bewilligung zur Ausfuhr von Helium nach Deutschland kann infolge der Opposition eines Mitgliedes des Heliumkomitees nicht erteilt werden. Nach einer Konferenz, an der Präsident Roosevelts, Admiral Leahy, General Craig, Staatssekretär Jades und Generalstaatsanwalt Jackson teilgenommen hatten, erklärte der Sprecher des Weißen Hauses, daß das Heliumkomitee seine Beschlüsse einstimmig fassen müsse. Präsident Roosevelts darf das Helium für Deutschland so lange nicht freigeben, bis das zuständige Komitee sich einstimmig für die Ausfuhr ausgesprochen hat. Jades, der Staatssekretär für Inneres, ist nach wie vor gegen die Lieferung von Helium nach Deutschland.

Washington, 12. Mai. (Tel. d. „United Press“) Dr. Edeker erklärte zum Verbot der Heliumausfuhr: „Ich hoffe, die Entscheidung ist noch nicht endgültig. Ich bin selbstverständlich enttäuscht und würde bedauern, wenn die Entscheidung, daß Helium ein Rohstoff für militärische Zwecke ist, die Entwicklung der Luftschiffahrt verzögern oder unmöglich machen würde. Ich kann im Moment noch nicht sagen, ob die Zeppeleinreederei unter diesen Umständen den Luftschiffbetrieb aufrecht erhält. Aber ich weiß, daß es schwierig, wenn nicht unmöglich sein wird, die Arbeit in einer späteren Zeit wieder aufzunehmen, wenn die jetzigen Angelegenheiten, die bereits große Erfahrung haben, entlassen werden müßten. Sollte Roosevelts Entscheidung endgültig sein, so fürchte ich, daß sie das Todesurteil über die Luftschiffahrt bedeutet. Dabei ist durch das Helium die Möglichkeit gegeben, der Menschheit ein neues, absolut sicheres Verkehrsmittel schnellster Art zu erhalten und weiter auszubauen.“

Die jüdischen Vermögen in Deutschland

Amerikanischer Protest

Washington, 12. Mai. ag. (Havas) Das Staatsdepartement veröffentlicht den Wortlaut der Note, die Votschafter Wilson im Namen der Regierung der Vereinigten Staaten am 9. Mai in Berlin überreichte und die einen Protest enthielt gegen das Dekret Görings über die Annahmepflicht der jüdischen Vermögen im Hinblick auf eine Verwendung derselben für die Bedürfnisse des Reiches. In dieser Note lenkt die Regierung der Vereinigten Staaten die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die in diesem Dekrete enthaltene Verletzung der im deutsch-amerikanischen Freundschafts-

pakt und im Konsularvertrag vom 8. Dezember 1923 enthaltenen Bestimmungen. Es heißt dann in der Note weiter: „Angesichts des Inhalts und des Zweckes dieses Dekretes und seines diskriminierenden Charakters protestiert die Regierung der Vereinigten Staaten energisch gegen die Anwendung desselben auf amerikanische Staatsbürger. Sie hofft, daß die deutsche Regierung nach einer neuen Ueberprüfung dieses Dekretes sich mit den Ausführungen der Note einverstanden erklären und unverzüglich die Zuficherung abgeben wird, daß die vorgesehene Maßnahme nicht auf die amerikanischen Staatsbürger angewendet werde.“

Der Bürgerkrieg in Spanien

Britische Demarche bei Franco

London, 11. Mai. ag. (Havas) Auf Anfragen im Unterhaus über die kürzlichen Proteste von Kapitän englischer Handelschiffe in den spanischen Gewässern antwortete Unterstaatssekretär Butler: „Ich habe den britischen Agenten in Burgos angewiesen, bei den Behörden von Burgos energisch gegen Vorfälle zu protestieren, die der britischen Regierung als absolut nicht zu rechtfertigendes Vorgehen erscheinen, und die sofortige Einleitung einer Untersuchung zu verlangen. Der britische Agent ist ferner beauftragt worden, die Aufmerksamkeit der Behörden von Burgos auf die Schäden zu lenken, die englischen Schiffen bei den letzten Fliegerangriffen zugefügt wurden, und sie zur Ergreifung aller Maßnahmen aufzufordern, um zu vermeiden, daß weitere derartige Schäden verursacht werden.“

Anerkennung der Regierung Francos

Lissabon, 12. Mai. ag. (Havas) Die portugiesische Regierung hat die Regierung des Generals Franco anerkannt.

Italien

Fascismus und Katholische Aktion

Mailand, 12. Mai. (Tel. unseres S.-Korr.) Zanacci regt im „Regime Fascista“ unter Hinweis auf die Haltung der Katholischen Aktion während des Besuches Hitlers in Italien an, die vor der Aussöhnung zwischen Kirche und Staat gültige und nach jenem Ereignis als hinfällig erklärte Unvereinbarkeit der Parteimitgliedschaft mit der Zugehörigkeit zur Katholischen Aktion wieder in Kraft zu setzen. Das für alle verbindliche fascistische Gebot „Glauben, gehorchen, kämpfen“ werde besonders von den der Katholischen Aktion angehörenden Universitätsstudenten nicht gebührend ernst genommen; die Katholische Aktion lehre immer mehr ihren politischen Geist hervor, was dem fascistischen Grundgedanken der Einheit der Partei und dem Wortlaut des Konkordats widerspreche.

Stammesführer bei Mussolini

Rom, 11. Mai. ag. Anlässlich der Feier des zweijährigen Bestehens des italienischen Imperiums trafen fünfzig Notabeln aus den verschiedenen Teilen des Imperiums in Rom ein. Am Mittwoch wurden sie von Mussolini empfangen, den sie ihrer Ergebenheit versicherten, so besonders der Vertreter der lopsichen Geistlichkeit Abessiniens und derjenige der Mohammedaner Libyens, die ihren Dank für den diesen beiden Konfessionen zugesicherten Religionsfrieden aussprachen.

Mailand, 12. Mai. (Tel. unseres S.-Korr.) Im Zusammenhang mit dem Empfang der Notabeln aus den afrikanischen Kolonien schreibt der „Corriere della Sera“, Afrika sei bestimmt, daß Amerika, d. h. das Land der Arbeit und des Verdienstes, der Italiener zu werden. Alle überschüssigen Kräfte des Mutterlandes würden dort zweifelslos reiche Früchte bringen. Der von den Führern der Eingeborenen bezogene Glaube an die Macht und Organisationsgabe Italiens sei für die Italiener eine Aufforderung, ihr Augenmerk auf Afrika zu richten.

Polen

Die Autonomieforderung der Ukrainer

Warschau, 11. Mai. (B.-Tel.) In Demberg fand eine außerordentliche Tagung der „Udo“, der größten ukrainischen Partei Polens, statt, die seit dem Verständigungsabkommen von 1935 die Regierung in den wichtigsten politischen Fragen unterstützt. Jetzt veröffentlicht das Zentralkomitee eine Entschliessung, in der die Unzufriedenheit der Ukrainer mit den bisherigen Ergebnissen der Verständigungspolitik zum Ausdruck kommt. Die „Udo“ stellt, wie bereits gemeldet, fest, daß in ihrem Programm die Forderung auf eine territoriale Autonomie für die mehrheitlich von Ukrainern bewohnten Provinzen Polens enthalten sei. Schon die Botschafterkonferenz vom 14. März 1923, welche die de iure-Anerkennung der Souveränität Polens über Ostgalizien aussprach, habe die Autonomie für dieses Gebiet vorgesehen.

Die scharfe Resolution der „Udo“ ist zweifellos eine Folge der letzten Maßnahmen der Regierung gegen die Ukrainer. So wurde vor einigen Tagen der große ukrainische Frauenbund, der 50 000 Mitglieder zählte, verboten. Man erwartet, daß in der bevorstehenden außerordentlichen Session des Sejm die ukrainische Fraktion das Verständigungsabkommen kündigt, wenn inzwischen die polnische Politik in den von den Ukrainern bewohnten Gebieten nicht revidiert wird.

Großbritannien

London, 11. Mai. ag. (Havas) Der bekannte englische Autofabrikant Lord Ruffield teilte der Regierung mit, daß er bereit sei, zur beschleunigten Durchführung des Aufrüstungsprogramms beizutragen, namentlich auf dem Gebiete der Flugzeugfabrikation. Damit ist der bisherige Konflikt zwischen Lord Ruffield und dem Luftfahrtminister beigelegt. Seit dem Jahre 1936 leitete Lord Ruffield die weitere Mitarbeit in der Flugzeugproduktion für die Abtatz wegen der von ihm beanstandeten technischen Leitung des Luftfahrtministeriums ab.